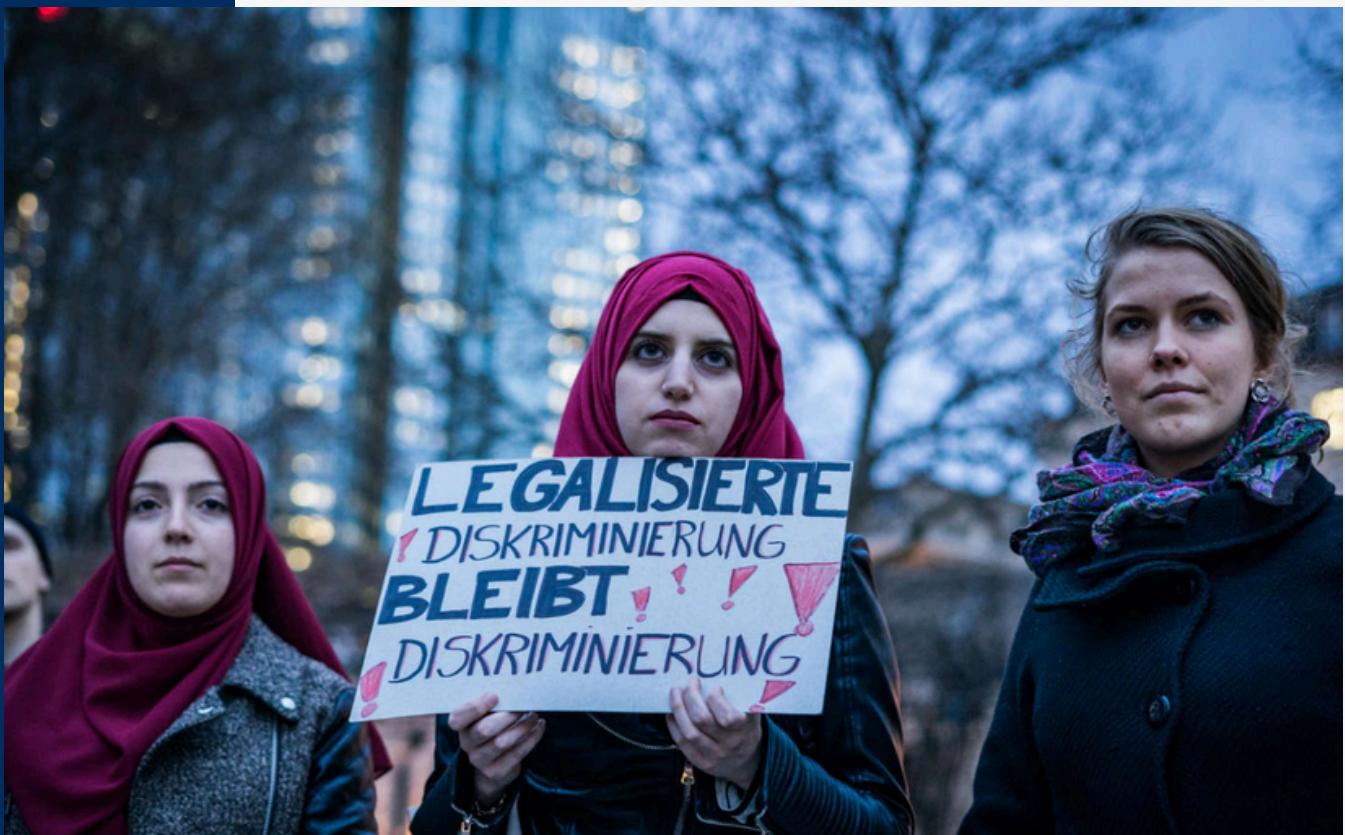


OCTOBER 2025

# UMFRAGE ZUM GEPLANTEN KOPFTUCHVERBOTSGESETZ: WAS MUSLIMINNEN DENKEN



PETER-JUELICH.COM

BY: FARID HAFEZ

THE BRIDGE INITIATIVE AT GEORGETOWN UNIVERSITY'S ALWALEED  
CENTER FOR MUSLIM-CHRISTIAN UNDERSTANDING (ACMCU)

---

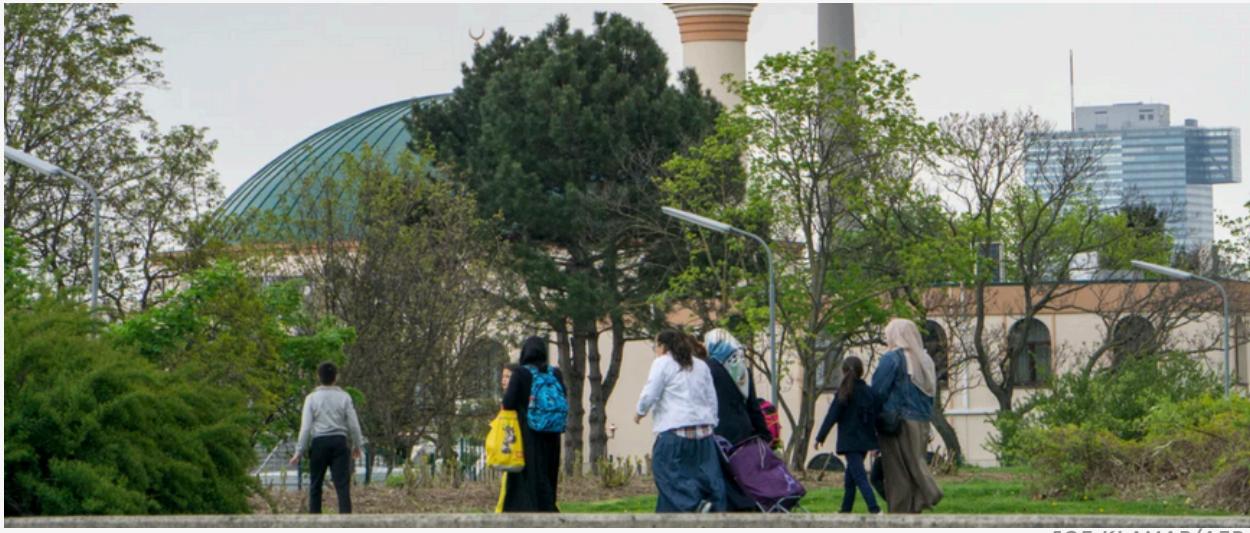
# THE BRIDGE INITIATIVE



The Bridge Initiative is a multi-year research project on Islamophobia housed in Georgetown University. The Bridge Initiative aims to disseminate original and accessible research, offers engaging analysis and commentary on contemporary issues, and hosts a wide repository of educational resources to inform the general public about **Islamophobia**.

**Zitierempfehlung:** Farid Hafez, Austrian Hijab Ban Survey: What Muslim Women Think, The Bridge Initiative at Georgetown University's ACMCU, October 9, 2025.

# ZUSAMMENFASSUNG



JOE KLAMAR/AFP

Die Umfrage zum österreichischen Hijab-Verbot beleuchtet, wie muslimische Frauen und Mädchen in Österreich das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz bewerten, das das Tragen des Hijabs an Schulen bis zur 8. Schulstufe verbieten soll. Die Umfrage wurde kurz nach der Ankündigung des Gesetzesentwurfs am 10. September 2025 durchgeführt und erfasste die Antworten von fast 1.000 muslimischen Frauen in Österreich. Sie bietet damit einen seltenen Einblick in die direkt davon Betroffenen.

Die Ergebnisse sind aufschlussreich: 93 % der Befragten lehnen das Verbot ab. Darüber hinaus stellen die Resultate die Behauptungen in Frage, wonach der Hijab habe negative Auswirkungen auf Bildung oder persönliche Entwicklung habe – eine überwältigende Mehrheit widersprach solchen Argumenten. Auch muslimische Frauen, die selbst keinen Hijab tragen, äußerten ihre Ablehnung gegenüber dem Gesetzesvorschlag. Politisch unterstützte die Mehrheit der Befragten die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), obwohl diese an der Regierungskoalition beteiligt ist, die das Verbot vorantreibt. Viele sprachen sich zudem für kleinere Parteien aus, lehnten jedoch klar die beiden lautstärksten Befürworterparteien des Gesetzes – die Konservativen (ÖVP) und die Liberalen (NEOS) – ab, die jeweils nur ein Prozent Zustimmung erhielten.

Insgesamt hebt die Umfrage sowohl die breite Ablehnung des Hijab-Verbots unter muslimischen Frauen hervor als auch die Kluft zwischen politischer Rhetorik und den gelebten Erfahrungen der muslimischen Gemeinschaft in Österreich. Die Ergebnisse der Schnellumfrage können auf Englisch und Deutsch heruntergeladen werden.



# EINLEITUNG:

## DAS NEUE KOPFTUCHVERBOTSGESETZ DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG

Am 10. September 2025 kündigte die österreichische Bundesregierung ein Verbot des Hijabs für Schülerinnen der 1. bis 8. Schulstufe an. Das Gesetz trägt den Titel „Bundesgesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung von unmündigen Mädchen an Schulen mittels Einführung eines Kopftuchverbots.“ Bereits 2019 hatte eine Vorgängerregierung bestehend aus ÖVP und FPÖ ein Kopftuchverbot an Volksschulen eingeführt, das im Dezember 2020 jedoch vom Verfassungsgerichtshof wieder aufgehoben wurde. Nun versucht eine Koalition aus ÖVP, NEOS und SPÖ erneut, eine solche Regelung durchzusetzen.

Die Regierung stellt das Verbot als emanzipatorische Maßnahme dar und behauptet, es schaffe einen Raum, in dem muslimische Mädchen sich „frei entfalten“ könnten. Da Kinder angeblich noch nicht „religionsmündig“ seien und daher nicht selbst entscheiden könnten, wird muslimischen Mädchen das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen und ihre eigene Auslegung des Hijabs ignoriert. Stattdessen wird der Hijab ausschließlich als Symbol der Unterdrückung definiert. Während die frühere ÖVP-FPÖ-Regierung (2018–2020) offen erklärte, dass ihr Verbot an Volksschulen nur der erste Schritt zu weitergehenden Einschränkungen sei – etwa an Mittel- und Oberschulen, Universitäten und schließlich im öffentlichen Dienst –, verzichtet die aktuelle Regierung

---

auf solche Ankündigungen. Allerdings war unter der letzten ÖVP-Grünen-Regierung (2020-2024) in einem ursprünglich geheimen Nebenabkommen bereits ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen verhandelt worden, das jedoch aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichtshofs nie umgesetzt wurde.

Vor dem Hintergrund einer erstarkten FPÖ, die in den Nationalratswahlen 2024 gewonnen hat und seither konstant in den Umfragen führt, würde ihre Beteiligung an einer zukünftigen Regierung weitere Einschränkungen zunehmend wahrscheinlich machen. Vor diesem Hintergrund ist die derzeitige Rhetorik der Regierung über den „Schutz junger Mädchen“ als Teil eines langjährigen Trends zu verstehen, der das Risiko birgt, einen Präzedenzfall für eine weitere Ausweitung des Verbots zu schaffen.

## DISKRIMINIERUNG VON MUSLIMINNEN IN ÖSTERREICH

Die Erhebung „Being Muslim in the EU – Experiences of Muslims“ der EU-Agentur für Grundrechte (FRA), bei der fast 10.000 Musliminnen in 13 EU-Mitgliedstaaten befragt wurden, ergab, dass Österreich die höchste Diskriminierungsrate aufweist. 71 % der muslimischen Befragten gaben an, in den fünf Jahren vor der Umfrage rassistische Diskriminierung erlebt zu haben. 62 % berichteten von Diskriminierung in den zwölf Monaten vor der Befragung. Nur 6 % der Musliminnen meldeten diskriminierende Vorfälle den Behörden – ein Hinweis auf den weit verbreiteten Glauben, dass Meldungen wirkungslos bleiben würden.

Muslimische Frauen, die religiöse Kleidung wie einen Hijab tragen, sind laut FRA-Berichten noch stärker von Diskriminierung betroffen, insbesondere bei der Arbeitssuche. Währenddessen versäumt es Österreich bislang, den EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 umzusetzen, der von den Mitgliedstaaten die Entwicklung Nationaler Aktionspläne (NAP) gegen Rassismus, einschließlich antimuslimischen Rassismus/Islamophobie, erwartet. Der Internationale Tag im Kampf gegen Islamophobie der Vereinten Nationen wird trotz Votums Österreichs alljährlich ignoriert.

Anstatt etwas gegen die Diskriminierung muslimischer Frauen zu unternehmen, stellt die Regierung die neue Maßnahme als Instrument dar, um muslimische Mädchen von einem „Symbol der Unterdrückung“ zu befreien. Der Hijab wird von der Regierung als Ausdruck einer „Ehrenkultur“ dargestellt und damit als nicht-religiös umgedeutet. Es sei im Gegenteil Ausdruck „extremistischer Tendenzen.“

---

Sie spricht vom „Kinderkopftuch“ und argumentiert, dieses sei nicht religiös geboten. Am entscheidendsten ist jedoch, dass die Stimmen junger Musliminnen nicht gehört werden. Genau hier setzt diese Umfrage an.

# Umfrage



Der Vorschlag der Regierung basiert nicht auf Daten und übergeht die Stimmen der direkt Betroffenen – muslimischer Mädchen. Diese Umfrage soll diese Lücke schließen, indem sie Einblicke in die Meinungen muslimischer Frauen und Mädchen bietet.

Eine Woche nach der Ankündigung wurde diese Schnellbefragung durchgeführt, um herauszufinden, wie junge Musliminnen in Österreich das geplante Kopftuchverbot wahrnehmen. Vom 17. bis 20. September wurden insgesamt 1.462 Personen befragt, darunter 1.280 MuslimInnen (1.052 Frauen und 382 Männer) sowie 153 Personen ohne Zugehörigkeit zum Islam. Für die Hauptanalyse wurden die Daten von Männern, nicht-muslimischen Frauen sowie Befragten außerhalb Österreichs ausgeschlossen, sodass die Befragungsdaten von insgesamt 926 muslimischen Frauen aus Österreich verblieben, die alle Fragen beantwortet haben und in diese Erhebung einbezogen wurden.

Es handelt sich hierbei um eine explorative Befragung, die nicht den Anspruch auf Repräsentativität für alle Musliminnen in Österreich erhebt. Vielmehr richtet sie sich an Musliminnen, die aktiv zugestimmt haben, an der Umfrage teilzunehmen. Die Befragten wurden hauptsächlich über soziale Medien erreicht, darunter Instagram und WhatsApp-Gruppen verschiedener ethnischer Communities. Daher sind die Ergebnisse nicht zu verallgemeinern, sondern als Hinweise auf Trends innerhalb jener Gemeinschaft zu verstehen, die von Politiker\*innen besonders ins Visier genommen wird und deren Stimmen bislang ungehört bleiben.

---

Bezogen auf die Altersgruppen ergaben sich unter den 926 Musliminnen aus Österreich, die alle Fragen beantwortet haben, folgende Verteilungen: 86 Befragte waren unter 14 Jahre alt, 146 zwischen 15 und 19, 341 zwischen 20 und 30, 203 zwischen 31 und 40, 147 zwischen 41 und 65 sowie drei Personen über 65 Jahre.

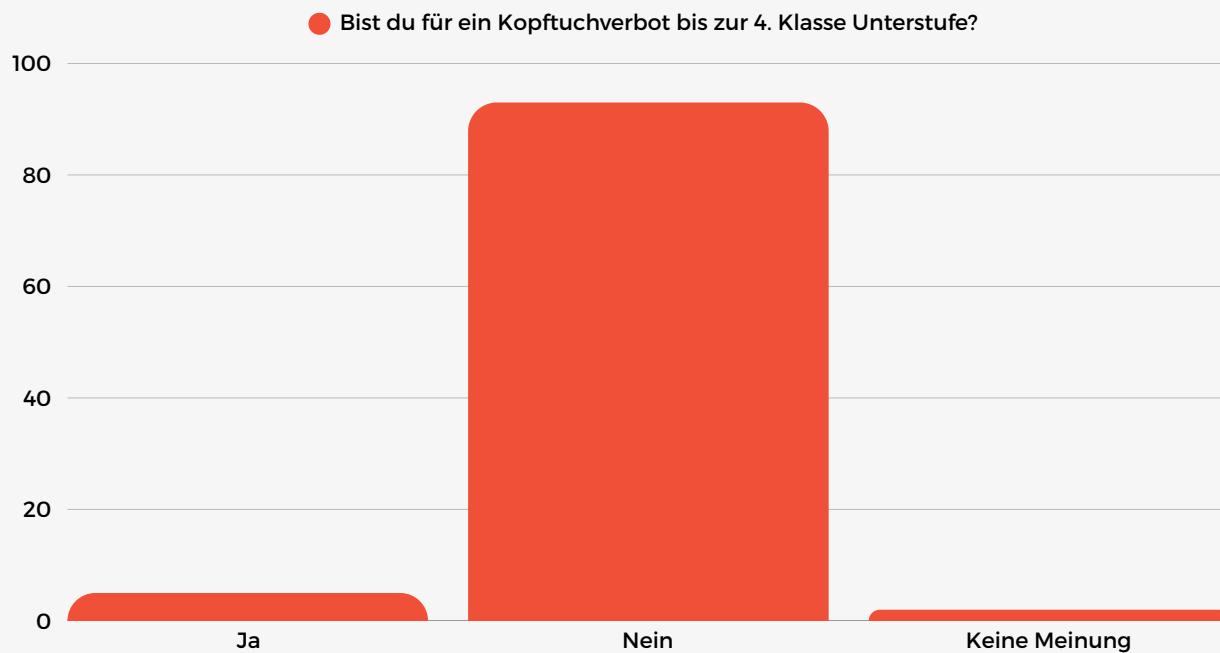
Die Untersuchung stellte muslimischen Mädchen und Frauen die Frage, ob sie das Verbot unterstützen oder ablehnen, ob sie die Darstellung der Regierung als emanzipatorische Maßnahme akzeptieren oder ob sie es als diskriminierend und islamfeindlich empfinden. Dies erscheint besonders wichtig angesichts der Deutungshoheit der Regierung über den Diskurs rund um das Kopftuchverbot – insbesondere darüber, wofür es steht, und der damit verbundenen Legitimation. Die Fragen sollen Aufschluss darüber geben, ob die Deutung der Regierung zum Hijab und zum Kopftuchverbot von der betroffenen Gemeinschaft der muslimischen Mädchen und Frauen geteilt wird oder nicht. Darüber hinaus erfasste die Umfrage auch die politischen Präferenzen der Befragten – womit es sich um die erste groß angelegte Erhebung in Österreich handelt, die solche Daten von muslimischen Teilnehmerinnen präsentierte.

# Ergebnisse

Auf die Frage nach dem geplanten Kopftuchverbot gab eine überwältigende Mehrheit von 93 % der Befragten an, dass sie das Gesetz nicht unterstützen, während nur 5 % ihre Zustimmung äußerten. 2 % hatten keine Meinung. Unter den Befragten trugen 69 % ein Hijab, was darauf hinweist, dass selbst eine Mehrheit der befragten Musliminnen, die keinen Hijab tragen, das geplante Verbot ablehnen.

**F1: UNTERSTÜTZEN SIE EIN KOPFTUCHVERBOT BIS ZUR 8. SCHULSTUFE?**  
N=926

Frage: Bist du für ein Kopftuchverbot bis zur 4. Klasse Unterstufe?	
Ja	5%
Nein	93%
Keine Meinung	2%



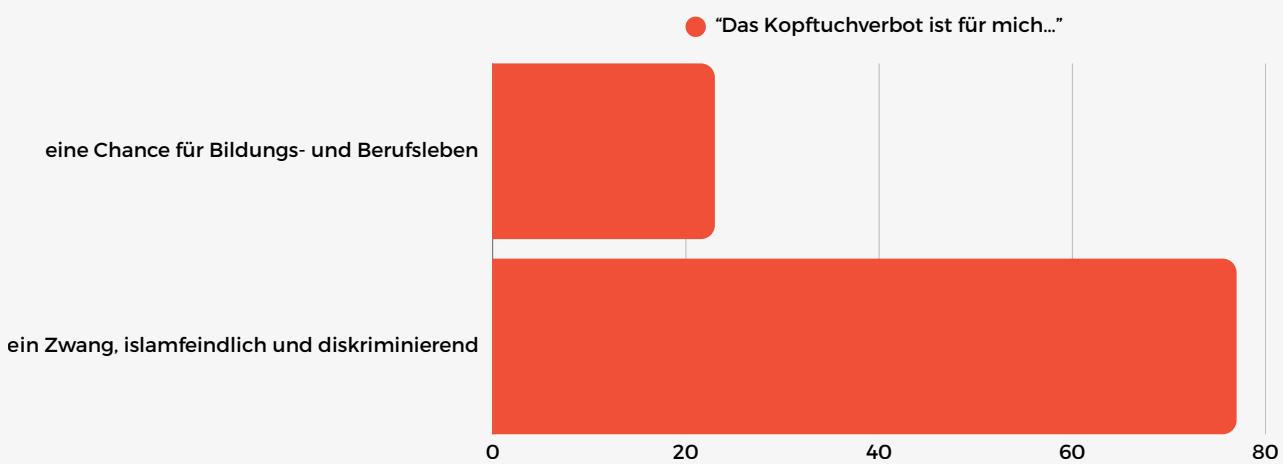
# Ergebnisse

Auf die Frage, ob sie das Kopftuchverbot als Chance für ihre Bildungs- und Berufslaufbahn betrachten, stimmten 23 % zu. Im Gegensatz dazu bezeichnete eine klare Mehrheit von 77 % das Verbot als „zwanghaft, islamophob und diskriminierend.“

## F2: „DAS KOPFTUCHVERBOT IST FÜR MICH...“

N=926

Frage: Das Kopftuchverbot ist für mich...	
eine Chance für Bildungs- und Berufsleben	23%
ein Zwang, islamfeindlich und diskriminierend	77%

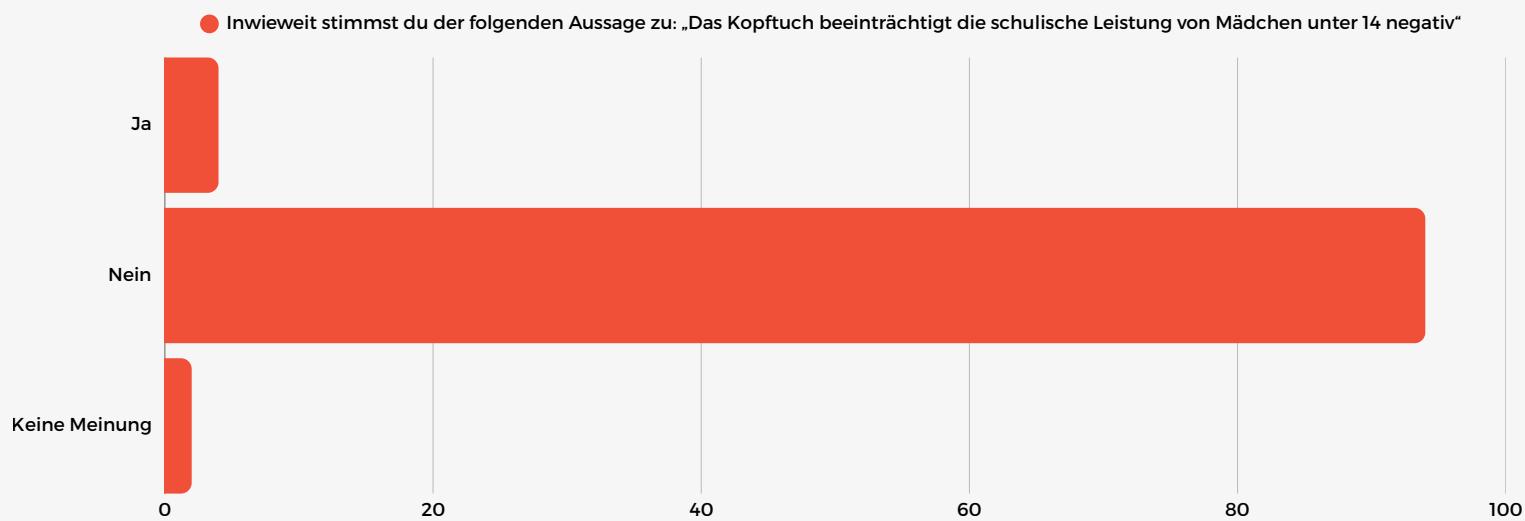


# Ergebnisse

94 % der Befragten wiesen die Aussage zurück, dass „das Kopftuch die schulischen Leistungen von Mädchen unter 14 Jahren negativ beeinflusst“, während lediglich 3,8 % dieser zustimmten.

## F3: STIMMEN SIE DER AUSSAGE ZU: „DAS KOPFTUCH WIRKT SICH NEGATIV AUF DEN BILDUNGSERFOLG VON MÄDCHEN UNTER 14 JAHREN AUS“? N=926

Inwieweit stimmst du der folgenden Aussage zu: „Das Kopftuch beeinträchtigt die schulische Leistung von Mädchen unter 14 negativ“	
Ja	4%
Nein	94%
Keine Meinung	1%

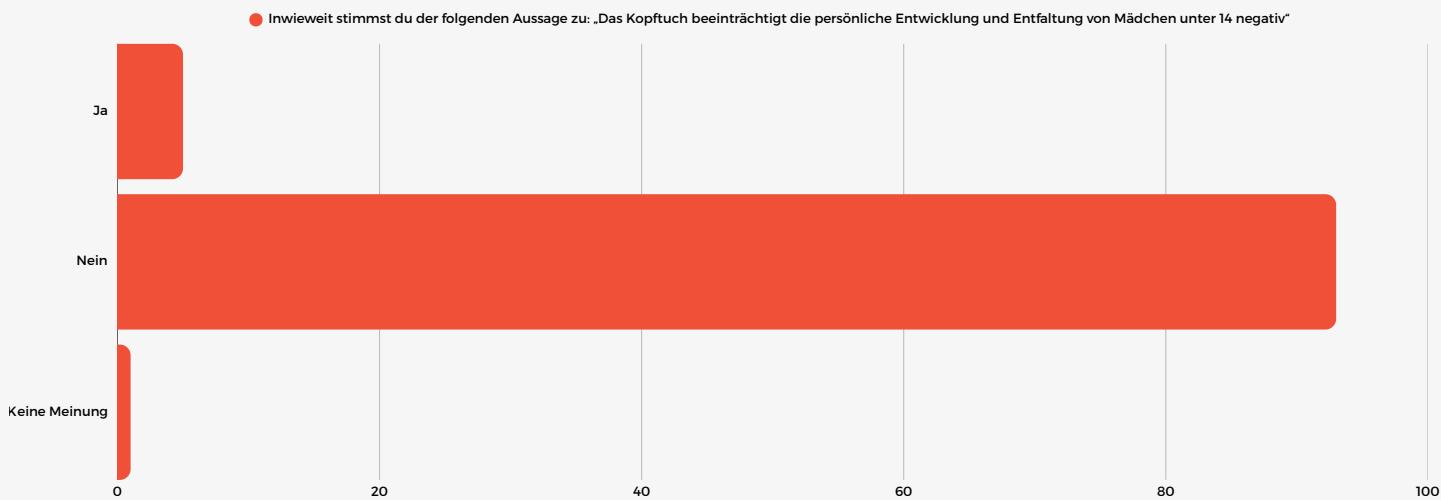


# Ergebnisse

Auf die Frage, ob das Tragen des Kopftuches die persönliche Entwicklung negativ beeinflusst, widersprachen 93 % der Befragten der Aussage, während nur 5 % zustimmten.

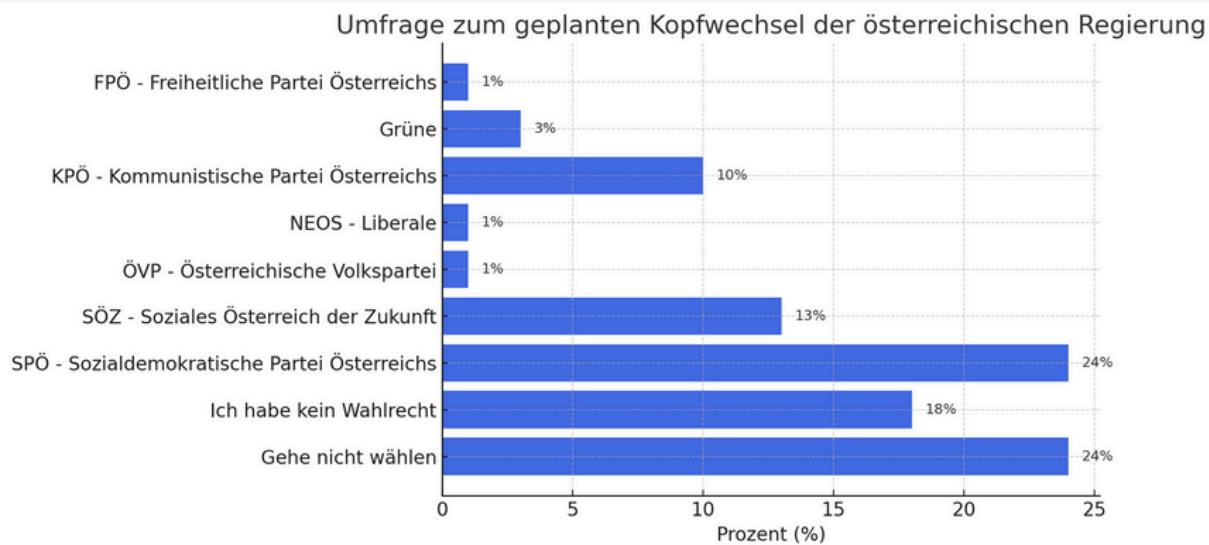
**F4: INWIEWEIT STIMMST DU DER FOLGENDEN AUSSAGE ZU: „DAS KOPFTUCH BEEINTRÄCHTIGT DIE PERSÖNLICHE ENTWICKLUNG UND ENTFALTUNG VON MÄDCHEN UNTER 14 NEGATIV“ N=926**

Inwieweit stimmst du der folgenden Aussage zu: „Das Kopftuch beeinträchtigt die persönliche Entwicklung und Entfaltung von Mädchen unter 14 negativ“	
Ja	5%
Nein	93%
Keine Meinung	1%



# Ergebnisse

## F5: WÄRE AM KOMMENDEN SONNTAG NATIONALRATSWAHL, WÜRDE ICH FOLGENDE PARTEI WÄHLEN. N=926



Auf die Frage nach ihren Parteipräferenzen wählte die Mehrheit der Befragten die SPÖ mit 30 % Unterstützung. Die zweit- und drittgrößten Gruppen waren diejenigen, die angaben, nicht zu wählen (24 %), und diejenigen, die kein Wahlrecht besitzen (18 %). Bemerkenswert ist, dass nach der SPÖ die nächsten favorisierten Parteien zwei waren, die im Nationalrat gar nicht vertreten sind: SÖZ (Soziales Österreich der Zukunft) mit 13 % und die KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) mit 10 %. Erst danach folgen die aktuell im Parlament vertretenen Parteien: die Grünen mit 3 % sowie FPÖ, NEOS und ÖVP jeweils mit nur 1 %.

Auffallend ist, dass, obwohl ÖVP und NEOS in den letzten Monaten aktiv das Kopftuchverbot vorangetrieben haben, die SPÖ – trotz ihrer höchsten Unterstützung unter muslimischen Frauen – Teil der Koalition ist, die die Gesetzesvorlage im Frühjahr 2026 umsetzen will. Es ist nicht möglich zu bestimmen, ob das Gesetz die Parteienpräferenzen beeinflusst hat, da vergleichbare Daten fehlen. Auffällig ist jedoch, dass fast ein Drittel der muslimischen Wählerinnen weiterhin die SPÖ unterstützt. Ebenso bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Unterstützung für die KPÖ, eine Partei mit begrenztem regionalem Erfolg, sowie für die SÖZ, die bisher nur in Wien kandidiert hat.

Gleichzeitig deutet der hohe Anteil der Befragten, die entweder nicht wählen oder nicht wählen dürfen – zusammen 42 % – auf eine erhebliche Lücke in der politischen Partizipation hin.

Dies legt nahe, dass nicht nur die strukturelle Benachteiligung überwunden werden müsste, sondern auch ein stärkeres politisches Engagement nötig wäre, damit muslimische Stimmen effektiver vertreten werden, insbesondere da die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich insgesamt vergleichsweise hoch ist und üblicherweise an die 75 % beträgt

# Fazit



GETTY IMAGES

Die Ergebnisse zeigen überwältigend, dass muslimische Frauen – einschließlich jener, die keinen Hijab tragen – das Verbot ablehnen. Sie lehnen auch die von den Regierungsparteien vorgebrachten Begründungen ab und stimmen überwältigend nicht den Behauptungen zu, dass der Hijab die schulischen Leistungen oder die persönliche Entwicklung muslimischer Mädchen beeinträchtigen würde. Die Antworten zeigen eine starke Konsistenz über die gesamte Umfrage hinweg, mit einer Ausnahme: ob das Kopftuchverbot als Chance für Bildungs- und berufliche Fortschritte gesehen werden könnte. Bei dieser Frage gingen die Ansichten weiter auseinander, wobei hier keine Gründe erhoben wurden.

Die Ablehnung des Gesetzes korrespondiert mit der Ablehnung der politischen Parteien, die das Gesetz vorantreiben – insbesondere der ÖVP und der Liberalen (NEOS), die gleichauf mit der FPÖ bei einer Unterstützung von nur 1 % liegen. Dasselbe gilt jedoch nicht für die Sozialdemokraten (SPÖ), die als Teil der Koalition die Gesetzesvorlage mittragen und dennoch weiterhin von etwa einem Drittel der Befragten unterstützt werden.

THE  
**BRIDGE**  
INITIATIVE

**BRIDGE.GEORGETOWN.EDU**

**TWITTER:** @BRIDGEINIT

**FACEBOOK:** FACEBOOK.COM/GUBRIDGEINIT

**INSTAGRAM:** BRIDGEINIT

**TIKTOK:** BRIDGE.INIT